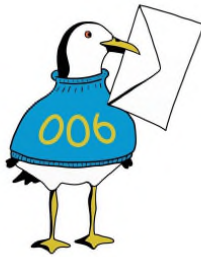


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



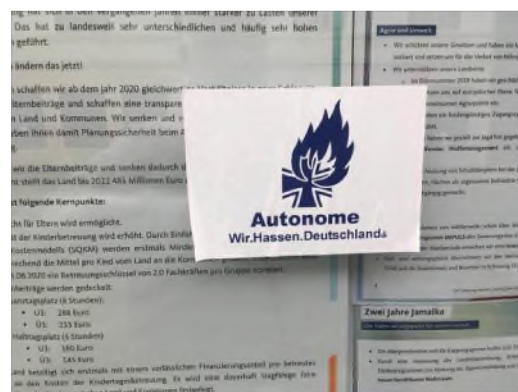
Moin liebe Leserinnen und Leser,

in ganz Deutschland sind am Dienstag die Landwirte "auf die Straße gefahren". Ihr Protest richtet sich sowohl gegen das Agrarpaket der Bundesregierung und die damit verbundenen **strengeren Umweltauflagen für die Landwirtschaft**, als auch gegen die Tatsache, dass man sie nicht in den Entscheidungsprozess eingebunden hat. Dass wir für **mehr und besseren Klimaschutz** alle was tun müssen, steht vollkommen außer Frage. Eine ganze Branche - egal wie groß oder klein der Betrieb ist - als Klimakiller zu verunglimpfen, finde ich jedoch beschämend. Wir müssen **mit den Landwirten reden und nicht über sie**. Aus diesem Grund habe ich heute einen **Brief an die Landwirtschaftsministerin** geschrieben und sie eingeladen, gemeinsam mit mir einen der über 700 Betriebe in meinem Wahlkreis zu besuchen.

Einen ersten Schritt zu **mehr Klimaschutz** sind wir in dieser Woche bereits gegangen. Auf der Tagesordnung standen vor allem Gesetze, aus denen die Bürgerinnen und Bürger ab 2020 einen konkreten Nutzen ziehen können. Wir führen die **steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung** ein; **Bahntickets** im Fernverkehr sollen durch die **Absenkung der Mehrwertsteuer** günstiger werden; die **Pendlerpauschale** wird künftig für Fahrten ab dem 21. Kilometer erhöht und zugleich steigt die **Luftverkehrsabgabe**.

Wir wollen **Klimaschutz marktkonform** sowie **technologieoffen** gestalten und den **mündigen Bürger** in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns stellen. Dem kommen wir mit dem Klimapaket nach.

Dass ein **friedliches Miteinander** nicht immer selbstverständlich ist, erleben wir in letzter Zeit leider immer öfter. Wie aggressiv die politische und gesellschaftliche Stimmung ist, berichten derzeit viele Abgeordnetenkollegen. **Zertrümmerte Fenster** und **beschiemte Fassaden** sind in etlichen Wahlkreisbüros traurige Tatsache. Ich finde es erschreckend, wie schnell auf Worte Taten folgen. Einschüchtern dürfen wir uns davon jedoch nicht!



Der Aufkleber (Bild oben rechts) klebte neben vielen weiteren am vergangenen Wochenende an der Scheibe meines Wahlkreisbüros in Neumünster. Ich bin der Auffassung: **Meinungsfreiheit heißt auch Meinungsvielfalt! Diese Tatsache hat unsere Demokratie stark und wehrhaft gemacht.** Das sollten sich auch die Linken zu Herzen nehmen, die für sich so gerne Meinungsfreiheit reklamieren.

Dass trotz der einwöchigen Feuerpause in Nordsyrien die Lage immer noch sehr ernst ist, zeigt nun auch der **Vorstoß unserer Verteidigungsministerin**. Ich halte ihren

Vorschlag, in Nordsyrien eine **Schutzzone unter internationaler Kontrolle** einzurichten, für einen mutigen und richtigen Vorschlag. Wir brauchen eine gemeinsame Verantwortung und ein gemeinsames Vorgehen aus **Europäischer Union** und **Vereinten Nationen**. Auch müssen zumindest Gespräche mit der Türkei und Russland geführt werden. Für uns als Union steht ein **stärkere Verantwortung Deutschlands** außer Frage, wollen wir eine Krise wie 2015 nicht erneut erleben.

Diese Woche war aber noch viel mehr los! Ich freue mich, dass Sie auch diese Woche wieder dabei sind und wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen. Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? **Schreiben Sie mir!**



Kennen Sie schon meinen **WhatsApp-Informationen-Service**?

Die Themen der Woche

Reform der beruflichen Bildung und Stärkung des Handwerks

In dieser Woche geht ein **starkes Signal an alle Berufsschüler und Handwerker im Land** raus:

Mit dem Gesetz zur **Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung** schaffen wir deutliche Verbesserungen für alle Berufsschüler in Deutschland. Nachdem sich die Politik viele Jahre um die akademische Bildung gekümmert hat, sind nun endlich mal wieder die Auszubildenden an der Reihe. Gut so!

Unter anderem kommt die **Einführung einer Mindestvergütung für Auszubildende ab 2020**. Mindestens 515 Euro gibt es dann im 1. Ausbildungsjahr für jeden Azubi. Ab 2024 wird die Vergütung entsprechend der durchschnittlichen Steigerung aller Ausbildungsvergütungen angepasst. Ich bin froh, dass sich die Tarifpartner hier ohne Vorgaben aus der Politik geeinigt haben. Auf lange Sicht sind uns in der Union vor allem folgende Punkte wichtig: Die **bessere Vergleichbarkeit** von beruflicher und akademischer Bildung, eine **höhere Durchlässigkeit** innerhalb der beruflichen Bildung sowie die **Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit** und Attraktivität der dualen beruflichen Bildung bei Auszubildenden und Betrieben.

Mit der **Änderung der Handwerksordnung** wollen wir zudem für **zwölf Handwerke** die **Meisterpflicht** wieder **introduce**. Eine Betriebsgründung ist in Zukunft nur noch dann möglich, wenn der Inhaber oder Betriebsleiter in der Handwerksrolle eingetragen ist. Die **Meisterprüfung** wird zur Bedingung für einen selbstständigen Betrieb, wenn es sich um ein **Handwerk** handelt, das als **immaterielles Kulturgut** anzusehen ist. Das gilt z.B. für den Fliesenleger. Bestehende Betriebe erhalten Bestandsschutz.

Die Landwirtschaft dient allen!

Die **Bauern in Schleswig-Holstein und ganz Deutschland machen** gegen das Agrarpaket der Bundesregierung **mobil**. Und das zu Recht! Unsere Landwirte sind Umweltschützer aus Vernunft. Sie sorgen dafür, dass wir täglich **qualitativ hochwertige Lebensmittel** auf dem Tisch haben. Sie sind ein Pfeiler der dörflichen Gemeinschaften und des ehrenamtlichen Engagements. Es **ärgert**

mich maßlos, wenn Bauern als Tierquäler, Wasserverschmutzer oder Klimakiller beschimpft werden. Sie leisten einen unglaublich **wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft**.



Kanzlerin Merkel machte in der Fraktionssitzung am Dienstag klar, dass sie die **Belange der Landwirte zur Chefsache machen** will. Das ist ein gutes Zeichen, kommt allerdings auch recht spät. Meines Erachtens hätte man die Landwirte viel früher in den Diskussionsprozess einbinden müssen. Die Betriebe brauchen einen fairen Handlungsrahmen, Planungs- und Rechtssicherheit und **keine "Hauruck-Aktionen"**.

Das Agrarpaket sieht unter anderem mehr **Schutz für Insekten** und ein **neues Tierwohl-Label** vor. Das Insektenschutzprogramm beinhaltet die schrittweise Begrenzung und den **Ausstieg aus der Glyphosat-Nutzung**, den **Schutz von Streuobstwiesen** und neue Regelungen bei der **Anwendung von Pflanzenschutzmitteln** in der Nähe von Gewässern. Darüber hinaus ist einer **Umschichtung der Direktzahlungen** an Landwirte geplant.

Ich möchte, dass wieder **Politik für die kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe** gemacht wird. Das geht aber nur, wenn wir einen gesellschaftlichen Konsens zur Zukunft unserer Landwirtschaft finden. Daran müssen wir arbeiten!

Neugründung der Deutschen Stiftung Engagement und Ehrenamt

Sie kennen das: Ohne die Verbände und Vereine vor Ort, samt ihrer ehrenamtlichen Helfer, würde es so manches Sportangebot für Groß und Klein, unzählige Nachbarschaftscafés oder Seniorentreffs nicht geben. Besonders in **strukturschwachen und ländlichen Regionen** ist es jedoch häufig schwierig, ehrenamtliche Strukturen aufzubauen und zu erhalten. Vor allem kleinen Initiativen fällt es oftmals schwer, Unterstützung zu bekommen. Zum Beispiel bei rechtlichen Fragen oder der Beantragung von Fördermaßnahmen.

Genau hier setzt die **Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt** an, dessen Gründung Bundestag in dieser Woche per Gesetz auf den Weg gebracht hat. Ihr Ziel ist es, das bürgerschaftliche Engagement und das **Ehrenamt in Deutschland zu stärken**, insbesondere in den strukturschwachen und ländlichen Räumen. Die Stiftung soll in Abstimmung mit bereits bestehenden Bundesprogrammen entstehen und sie ergänzen. Angesiedelt wird die Engagementstiftung in Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern).

Mir ist es wichtig, dass wir mit der **Stiftung das Ehrenamt tatsächlich entlasten** und **keine neuen teuren und bürokratischen Strukturen** schaffen, die der Sache nicht dienlich sind. Das müssen wir in den kommenden parlamentarischen Beratungen im Blick behalten.

Was die Woche sonst noch los war

Entschädigung der Opfer von DDR-Willkür

In den letzten Wochen haben wir in der **AG Kultur und Medien** intensiv über den

neuen Haushalt für 2020 diskutiert. Gerade für die Kultur im ländlichen Raum haben wir hier gute Ergebnisse erzielt. Am **Dienstag** haben wir abschließend ebendiesen **Haushaltentwurf beraten**, bevor er in der zweiten Novemberwoche vom Plenum verabschiedet wird. Ein weiteres wichtiges Thema dieser Sitzung war die **Rehabilitierung von Opfern der DDR-Willkür**, deren Entschädigung künftig einfacher geregelt werden soll. So sollen u.a. frühere **DDR-Heimkinder** ihre Ansprüche einfacher durchsetzen können. Das gilt besonders für diejenigen, die in der DDR in ein Heim gekommen sind, weil **ihre Eltern politisch verfolgt und inhaftiert** wurden. Auch Antragsfristen für Betroffene staatlicher Verfolgung fallen künftig komplett weg. Bisher waren Anträge nur bis Ende 2019 möglich.



Auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer halte ich es für ein **wichtiges Signal**, dass den Betroffenen Gerechtigkeit wiederfährt und ihr **Leid durch Entschädigung anerkannt** wird.

Wie sieht die medizinische Versorgung der Zukunft aus?

Apps auf Rezept? Darüber habe ich Mittwochmorgen mit Medizinern und IT-Unternehmen diskutiert. Besonders in ländlichen Regionen kann die **Digitalisierung** ein wichtiger **Schlüssel für eine bessere Versorgung der Menschen** sein. Eine App kann den Arzt zwar nie ersetzen, aber bei der Erfassung und Analyse von Patientendaten unschätzbare Dienste leisten. Auch erinnert sie auf Wunsch an die Einnahme von Tabletten.



Hier nochmal die Erinnerung: Zur **Zukunft der Gesundheitsversorgung auf dem Land** veranstalte ich am **19. November 2019** eine Diskussion mit Experten aus dem medizinischen Bereich in meinem Wahlkreis. Die Veranstaltungseinladung finden Sie weiter unten!

Treffen mit Alexander Vogt von Lesben- und Schwulenunion (LSU)

Als Mitglied der **Parlamentariergruppe „Wilde 13“** habe ich mich am Mittwochabend gemeinsam mit meinen Kollegen Bettina Wiesmann (rechts im Bild), Heribert Hirte und Stefan Kaufmann (links im Bild) mit dem **LSU-Chef Alexander Vogt** (Bildmitte) getroffen. Wir sind uns einig, dass wir zwei Anliegen der Lesben- und Schwulenunion angehen müssen: Eine an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierte **Reform des**

Transsexuellengesetzes und die **Anerkennung der LSU als offizielle Vereinigung unserer Partei**. Wenn wir auch weiterhin als Partei wahrgenommen werden wollen, die die Mitte der Gesellschaft vertritt und ihre Interessen ernst nimmt, müssen wir hier offener und engagierter vorgehen.



Auch auf meiner **Facebook-Seite** finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

Wichtige Termine in der Woche vom 28.10. bis 1.11.2019

Montag, 28.10.2019

- CDU Schleswig-Holstein: Sitzung erweiterter Landesvorstand

Mittwoch, 30.10.2019

- Beiratssitzung des Mehrgenerationenhauses Tungendorf
- Festakt: 10 Jahre Regionale Bildungszentren Neumünster

Donnerstag, 31.10.2019

- Einweihung des Kindergartens auf Hof Viehbrook

Freitag, 1.11.2019

- "Talk-Treff-Trappenkamp" vor dem Bürgerhaus
- CDU Kreisverband Segeberg: Mitgliederparteitag mit Ministerpräsident Daniel Günther

Termivorschau für November

Ob Supermarkt, Apotheke oder Post: In unserem **ländlich geprägten Wahlkreis** ist die **Daseinsvorsorge** ein allgegenwärtiges Thema. Ein entscheidender Punkt ist hier die **Gesundheitsversorgung vor Ort**. Einen

Arzt in der Nähe zu haben ist für viele Menschen, ob jung oder alt, entscheidend bei der Frage, wo es sich gut leben lässt. Innovative Neuerungen im Gesundheitsbereich und die **Möglichkeiten der Digitalisierung** bieten eine Chance, die hohe Qualität von medizinischen Leistungen vor Ort zu halten und zu verbessern.



Zu diesem spannenden Thema möchte ich mit Ihnen ins Gespräch kommen und lade Sie herzlich zu der Diskussionsveranstaltung:

"Die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung auf dem Land"

am Dienstag, 19. November 2019 um 19 Uhr in das Café Kloenschnack der Ostseeklinik Holm-Schönberg, An den Salzwiesen 1, 24217 Schönberg, ein.

Anmeldungen nehme ich unter **melanie.bernstein@bundestag.de** gerne entgegen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Melanie Bernstein

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

Impressum

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.